



# Bundestags- brief

Nr.51 • Die Woche im Bundestag • 30.01.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen wachhalten

Vor 64 Jahren befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz, in dem bis dahin mehr als eine Million Menschen ermordet worden waren. Mehr als sechs Millionen Juden sind in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern, in Ghettos und bei Massenerschießungen dem mörderischen System des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen. Den Jahrestag der Befreiung des größten Vernichtungslagers in der Geschichte der Menschheit hat Bundespräsident Roman Herzog 1996 zum nationalen Gedenktag erklärt. Wir gedenken aller Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Ihr Andenken mahnt uns zur Wachsamkeit. Antisemitismus muss entschieden bekämpft werden.

### **Verlässliche Finanzpolitik auch in der Krise:**

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise stellt die schwerste Herausforderung für die Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Das verlangt außerordentliche Maßnahmen. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsprogramm und den beiden Investitionspaketen haben wir die richtigen Antworten gegeben. Wir stellen damit funktionierende Finanzinstitutionen sicher und stärken die Binnenkonjunktur. Dennoch ist ein deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung absehbar. Das hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Verbunden mit den konjunkturstützenden Maßnahmen macht dies eine höhere Neuverschuldung als ursprünglich vorgesehen notwendig. Mit dem Nachtragshaushalt reagieren wir auf diese Entwicklung: Statt der geplanten Neuverschuldung in Höhe von 18,5 Milliarden Euro ist nun eine Nettokreditaufnahme von 36,8 Milliarden Euro vorgesehen, die folglich die Summe der vorgesehenen Investitionen in Höhe von 28,7 Milliarden Euro übersteigt. Diese Nettokreditaufnahme ist für die Überwindung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts unumgänglich. Gleichzeitig wird das Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ aufgelegt, das nicht Teil des

Nachtragshaushalts ist und der Finanzierung konjunkturstützender Maßnahmen dient. Das Sondervermögen erhält eine Kreditermächtigung von bis zu 21 Milliarden Euro. Die Mittel zur Stabilisierung des Finanzmarktes fließen in den „Finanzmarktstabilisierungsfonds“, der mit einer Kreditermächtigung in Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro ausgestattet wird. Die über die beiden Sondervermögen auflaufenden Schulden werden wir im Laufe der nächsten Jahre genauso zuverlässig tilgen, wie dies mit dem Erblastentilgungsfonds geschehen ist. Die über 170 Milliarden Euro Schulden dieses Fonds sind in den Jahren 1995 bis 2008 vollständig zurückgezahlt worden. Mit der Einführung einer Schuldenbremse im Grundgesetz sorgen wir dafür, dass das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erhalten bleibt. Gerade in diesen schweren Zeiten ist wirtschaftspolitische Vernunft das oberste Gebot. Wir müssen alles daran setzen, Arbeitsplätze auch in der Krise zu erhalten. Dazu leisten wir mit dem Stabilitäts- und Wachstumspaket einen großen Beitrag. Wichtig war es auch, dass es uns gelungen ist, den Versuch des Arbeitsministers, einen gesetzlichen Mindestlohn bei der Zeitarbeit unter Verletzung der Tarifautonomie einzuführen, zurückzuweisen. Eine solche Belastung für den Jobmotor Zeitarbeit hätte enormen Schaden angerichtet.

### **Transatlantische Beziehungen stärken:**

In der vergangenen Woche wurde Barack Obama als 44. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Mit seiner Präsidentschaft sind große Hoffnungen verbunden, sowohl in Amerika als auch bei uns. Die Liste der Themen, die wir gemeinsam angehen müssen, ist lang. Sie reicht von gemeinsamen Anstrengungen beim Klimaschutz, bei der Finanz- und Wirtschaftskrise, in der Sicherheitspolitik bis hin zur Russlandpolitik. Dabei wird es auch auf unser Engagement ankommen und die Bereitschaft, uns aktiv an der Lösung von Problemen zu beteiligen. Als eine

der ersten Amtshandlungen hat der amerikanische Präsident Schritte zur Schließung des Gefangenenlagers in Guantanamo angeordnet. Diesen Schritt begrüßen wir ausdrücklich.

### **Religionsunterricht stärken:**

Wir freuen uns über den Erfolg der Berliner Bürgerinitiative „Pro Reli“: Mehr als 300.000 Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre Unterschrift klargemacht, dass der Religionsunterricht seinen festen Platz an Berliner Schulen haben soll. Sie wehren sich dagegen, dass nach der Grundschule das vom rot-roten Senat eingeführte bekenntnisfreie Fach „Ethik“ für alle Schüler verpflichtend ist, während der konfessionelle Religionsunterricht auf freiwilliger Basis und zumeist nachmittags erteilt wird. Mit starker Unterstützung der katholischen und evangelischen Kirche, der jüdischen Gemeinde und islamischer Verbände haben die Unterzeichner klargemacht, dass Schüler und Eltern das Recht haben müssen, sich frei zwischen Ethik und Religionsunterricht entscheiden zu können. Als nächster Schritt ist ein Volksentscheid vorgesehen, in dem die Berliner Bürgerinnen und Bürger über eine entsprechende Gesetzesänderung abstimmen. Nach der überaus hohen Unterschriftenzahl sollte der rot-rote Senat bereits jetzt einlenken und damit anerkennen, dass die über 300.000 Unterschriften auch ein starkes Zeichen gelebter Demokratie und bürgerschaftlichen Engagements sind. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt vor allem den zahlreichen Freiwilligen, die durch ihren Einsatz – teilweise bei Schnee und winterlicher Kälte – viel zum Erfolg beigetragen haben. Das Angebot schulischen Religionsunterrichts ist ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung von positiver Religionsfreiheit. Für die Union ist der Religionsunterricht von zentraler Bedeutung für die Vermittlung von Werten und Voraussetzung für den persönlichen Zugang zum Glauben. Als wichtiger Beitrag zur Persönlichkeitsbildung muss er deswegen als Angebot einen festen Platz im Stundenplan der Schulen haben.

### **Investitionen für Kommunen gesichert**

Bis zuletzt wurde über die Verteilung der Mittel gerungen. Der Verhandlungsführung der unionsgeführten Bundesregierung ist es zu verdanken, dass nunmehr 70 Prozent der Finanzmittel zur Finanzierung kommunalbezogener Investitionen eingesetzt werden. Das ist eine gute Nachricht für die Städte, Gemeinden und Landkreise, die unter der rot-grünen Vorgängerregierung

einen enormen Investitionsstau vor Ort aufbauen mussten. Jetzt gibt der Bund in kürzester Zeit und mit möglichst einfachem Verfahren den Ländern einen an den Interessen der Kommunen ausgerichteten Korridor vor. Die konkrete Abwicklung vor Ort erfolgt dabei unmittelbar zwischen Kommunen und Ländern. Bildung wird dabei die zentrale Rolle spielen. Die Finanzhilfen des Bundes umfassen Investitionen in Kindergärten, Schulinfrastruktur und Hochschulen. Des Weiteren können Mittel für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, insbesondere für Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und die Lärmsanierung an kommunalen Straßen.

### **Integration ist keine Einbahnstrasse**

Noch nie haben Bund, Länder und Gemeinden so viele Integrationsangebote gemacht wie heute. Die Angebote müssen von den Migranten türkischer Herkunft auch angenommen werden. Unser Grundsatz beim Thema Integration lautet „Fördern und Fordern“. Wir fordern, dass Eltern mit Migrationshintergrund, die selbst nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, ihren Kindern den Besuch von Krippen und Kindergärten ermöglichen. Es zeigt sich auch, dass der deutsche Pass keine Bedeutung für die Integration hat, wenn er nicht am Ende eines erfolgreichen Eingliederungsprozesses steht. Bürger mit türkischer Herkunft müssen jetzt selbst Ideen entwickeln, wie die integrationsfeindlichen Abschottungen von Parallelgesellschaften überwunden werden können. Es zeigt sich auch, wie wichtig es war, dass wir Deutschkenntnisse zur Voraussetzung für den Ehegattennachzug gemacht haben. Dadurch wird den betroffenen Familien, die häufig einen Bogen um Integrationsangebote gemacht haben, signalisiert, dass es ohne die deutsche Sprache nicht geht.

### **Zu guter Letzt:**

#### **Mein Tipp der Woche:**

Am Samstag, den 31. Januar 2009, findet die 24. Lange Nacht der Museen statt. Sie steht unter dem Titel „Weltbilder - Weltsichten“ und lässt damit das große Thema des Ausstellungsjahres 2009 anklingen: den Mauerfall vor zwanzig Jahren, der die Teilung Deutschlands und Europas und die lange Ära oppositioneller Weltanschauungen beendete. Rund 60 Museen, Ausstellungshäuser und Gedenkstätten nehmen daran teil. Besucher können zwischen sechs unterschiedlichen Bus-Shuttle-Touren wählen. Infos unter: [www.lange-nacht-der-museen.de](http://www.lange-nacht-der-museen.de).